Beschluss (vorläufig) Familie: Ort der Vielfalt

Antragsteller*in: Patrick Zwiernik (KV Koblenz)
Tagesordnungspunkt: 4. Anträge I

Antragstext

Familien stärken

Familie ist für uns dort, wo Menschen dauerhaft Verantwortung füreinander übernehmen. Egal ob Mutter-Vater-Kind-Familien, Eltern und Kinder mit vielfältigen sexuellen und geschlechtlichen Identitäten, Mehrgenerationen-Haushalte, Regenbogenfamilien, Patchwork-Familien, Paaren mit einem Kinderwunsch oder Personengemeinschaften – Familien in Rheinland- Pfalz sind vielfältig und bunt.

Entsprechend vielfältig sind auch die Fragen und Herausforderungen, denen sie begegnen. Darin wollen wir die Familien stärken, sie begleiten, individuell beraten und aktiv unterstützen.

Regenbogenfamilien benötigen eine fachkundige Beratung und Begleitung, die auf ihre spezifischen Bedürfnisse eingeht. Dazu gehört ein vertrauter Umgang mit verschiedensten Familienkonstellationen und den rechtlichen Hürden, sowie eine offene und wertschätzende Hilfestellung, denn Ausgrenzung und Diskriminierung sind noch immer Realität.

Das Projekt Familienvielfalt, durchgeführt durch QueerNet RLP e. V. und unterstützt durch unser GRÜNES Familienministerium, leistet einen wichtigen Beitrag zur Professionalisierung der vielen Familieneinrichtungen im Land. Wir setzen uns dafür ein, dass diese wertvolle Unterstützung langfristig erhalten bleibt.

Wir begrüßen die Fortschreibung des Aktionsplans „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ mit dem Ziel der vollen rechtlichen Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Paaren und ihren Kindern, der Stärkung der Akzeptanz von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt und der Bekämpfung von Diskriminierung in allen gesellschaftlichen Bereichen.

Barrieren abbauen und Vielfalt ermöglichen

Wir setzen uns für eine inklusive Familienpolitik ein, die Vielfalt fördert und alle Lebensformen anerkennt. Sie muss frei von Stigmatisierungen sein und sich insbesondere nach den Bedürfnissen und dem Wohl der Kinder richten. Das Vorhaben der Bundesregierung zur Verantwortungsgemeinschaft wäre ein wichtiger Schritt in diese Richtung gewesen.

Außerdem unterstützen wir die rechtliche Gleichstellung lesbischer Eltern im Rahmen der Reform des Abstammungsrechts und wollen darauf hinwirken, dass auch trans*, inter* und nicht-binäre Eltern im Abstammungsrecht berücksichtigt werden.

Eine gute Familienpolitik berücksichtigt die Bedürfnisse und Rechte aller Familienmitglieder. Die Erweiterung des kleinen Sorgerechts und eine Ausdehnung auf bis zu zwei Personen stärkt Patchwork-Familien in ihrem Zusammenleben und schafft Sicherheit im Alltag.

Wir begrüßen zudem, dass am 18. Oktober im Bundesrat auf Initiative des Familienministeriums Rheinland-Pfalz und mit Unterstützung weiterer Bundesländer beschlossen wurde, Pflegeeltern künftig einen Anspruch auf Elterngeld zu gewähren.

Vor allem im ländlichen Raum wollen wir die Akzeptanz für vielfältige Eltern, Kinder und Jugendliche fördern, indem wir Strukturen zur Aufklärung über unterschiedliche Familienmodelle schaffen. Eine qualitativ hochwertige Aus-, Fort- und Weiterbildung von Fachkräften in der Kinder- und Jugendarbeit ist ein zentraler Schlüssel, um dieses Ziel zu erreichen. Akzeptanz für Regenbogenfamilien soll in der Kindertagesstätte beginnen und in den Schulen weitergeführt werden. Sozialpädagog*innen in Jugendzentren sollen verlässliche Ansprechpartner*innen für Jugendliche im Coming Out sein. Diskriminierungserfahrungen können zu gesundheitlichen Belastungen führen.

Auch ältere Menschen, die nicht in biologischen Familien leben, übernehmen häufig Verantwortung füreinander. Wir wollen Versorgungsbarrieren in Pflegeeinrichtungen und bei der Anrechnung der ambulanten Pflege abbauen. Wir setzen uns dafür ein, dass Leitbilder und Pflegekonzepte von ambulanten und stationären Einrichtungen die Vielfalt sexueller und geschlechtlicher Identitäten ihrer zu Pflegenden berücksichtigen und vielfältige Lebensformen abbilden.

Pflegefamilien bieten ein Zuhause für Kinder, deren Eltern nicht mehr in der Lage sind, eine dem Wohl des Kindes entsprechende Erziehung zu übernehmen. Pflegeeltern reduzieren häufig ihre Erwerbstätigkeit, um eine gute Betreuung zu ermöglichen. Das belastet sie finanziell: sie tragen die Last eines geringeren Einkommens und einer fehlenden Anrechnung von Rentenpunkten. Das erschwert die Suche nach geeigneten Familien, mit der Konsequenz, dass es wenig Auswahl für die Unterbringung von Pflegekindern gibt. Besonders schwierig ist es, für körperlich oder geistig beeinträchtigte und chronisch kranke Kinder, Pflegefamilien zu finden.

Wir setzen uns daher für die finanzielle Entlastung von Pflegeeltern ein, damit die Entscheidung für Voll- oder Bereitschaftspflege nicht von ökonomischen Faktoren abhängig ist. Sie sollen auf die engmaschige Betreuung und Beratung durch das Jugendamt vertrauen können, besonders im Hinblick auf die Herausforderungen, die den Familien im Alltag zwischen Vormundschaft und Sorgerecht begegnen.

Familienplanung selbstbestimmt

Wenn alle medizinischen Optionen in Deutschland auf dem Weg zum eigenen Kind ausgeschöpft sind, suchen Paare mit unerfülltem Kinderwunsch häufig Behandlungen im Ausland, wo alternative reproduktionsmedizinische Verfahren legal möglich sind. Aufgrund unterschiedlicher gesetzlicher Regelungen findet dieser reproduktive Tourismus auch innerhalb der EU statt. Wir lehnen die reproduktive Ausbeutung von Frauen entschieden ab. Das gesundheitliche Wohlergehen und die

Selbstbestimmung der Spenderinnen und Leihmütter stehen für uns an erster Stelle.

Wir wollen Eltern in ihrer Familienplanung unterstützen und auf Grundlage der Empfehlungen der Kommission zur reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin den Einstieg in eine breite gesellschaftliche Debatte zur Reform des Embryonenschutzgesetzes anstoßen. Wir werden die Bestrebungen hin zu einer europäischen einheitlichen Regelung zur Eizellspende unterstützen - insbesondere im Hinblick auf die ROPA-Methode und auf die altruistische Leihmutterschaft.

Wir erkennen das Engagement der Landesregierung Rheinland-Pfalz an, die ungewollt kinderlose Paare durch das Förderprogramm Assistierte Reproduktion unterstützt. Ab dem 1. Juli 2024 wurde das Programm erweitert, sodass auch Behandlungseinrichtungen in angrenzenden Bundesländern genutzt werden können und Behandlungen mit Fremdsamen förderfähig sind. Erstmals werden zudem trans*, intergeschlechtliche und divers eingetragene Personen explizit als förderberechtigt anerkannt. Mit dieser umfassenden Regelung geht Rheinland-Pfalz über die bisherigen Vorgaben hinaus. Besonders hervorzuheben ist, dass dieser Fortschritt auf Impulse des Runden Tisches „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ zurückgeht. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass diese Hilfen diskriminierungsfrei und unabhängig von der Familienkonstellationen gewährt werden.

Gemeinsam setzen wir uns GRÜNE in Rheinland-Pfalz für die Umsetzung folgender Punkte ein:

- Unterstützung bei Familienplanung und Kinderwunsch
- Stärkung des Projekts Familienvielfalt sowie der bestehenden (ehrenamtlichen) queeren Zentren und Communitys in Rheinland-Pfalz
- zum Ausbau von Regenbogenfamilienzentren
- Anerkennung vielfältiger Familienkonstellationen im Zusammenhang mit der Verantwortungsgemeinschaft
- Ausweitung des Familienrechts auf alleinstehende Pflegebedürftige
- Finanzielle Entlastung von Pflegefamilien
- Diskriminierungsfreie Gestaltung der finanziellen Unterstützung bei Kinderwunschbehandlung

Begründung

Dieser Antrag A-1NEU hat die Änderungen durch den Antrag A-1-global vollständig übernommen.

Unterstützer*innen

Tenko-Aemilia Bauer (KV Bad Dürkheim); (LAG Frauen); (LAG QueerGRÜN); Carolin Cloos (KV Woms); Christoph Wagner (KV Mayen-Koblenz); Lisett Stuppy (KV Donnersberg); Alex Schykowski (KV Mainz-Bingen); Esther Frederique Lau (KV Koblenz); Maik Krüger (KV Mayen-Koblenz); Janosch Littig (KV Mainz); Lenio Elia Kunz (KV Birkenfeld); Katharina Binz (KV Mainz); Ute Wellstein (KV Mainz); Kim Theisen (KV Koblenz); Judith Velten (KV Ahrweiler); Susanne Großpietsch (KV Frankenthal); Sören Landmann (KV Trier); Martina J. Hartmann (KV Neuwied); Katharina Müller (KV Birkenfeld); Sara Pasuki (KV Donnersberg); Laura Martín Martorell (KV Koblenz); Leonie Weber (KV Alzey-Worms)